

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruhe

Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung

1715 - 1830

Weech, Friedrich

Karlsruhe, 1895

Wachtdienst der Bürger

[urn:nbn:de:bsz:31-17279](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-17279)

Wachtdienst der Bürger.

Die Bewachung der Stadt hatte von jeher für eine Pflicht der Karlsruher Bürger gegolten. Eine Aufzeichnung in den Akten aus dem Jahre 1781 besagt, daß der Bürgermeister Schulz die Zahl der dienstbaren Bürger, welche am Rathause die Wache versahen, auf 321 Mann schätzte. Gegen diese persönliche Wachtpflicht erhob sich damals unter Führung des Schuhmachers Kreuzbauer eine heftige Bewegung unter der Bürgerschaft. Die Unzufriedenen erklärten sich bereit, jeder jährlich einen Gulden zu bezahlen, wenn fortan der Wachtdienst durch das Militär besorgt werde. Oberst von Freystedt, der von der Bürgerwache nicht viel hielt, war bereit, darauf einzugehen. Unter Führung des Bürgermeisters Schulz sprach sich ein anderer Teil der Bürgerschaft für die Fortdauer der persönlichen Wachtpflicht aus, nur die „Streifen“, so wollen diese, sollen von Militärwachen vorgenommen werden. Ein Vermittlungsvorschlag des Oberamts und Stadtrates ging dahin, daß jeder Bürger jährlich zwei Gulden zahlen und dafür eine ständige Wache von 12 Stadtjoldaten bestellt werden solle. Bisher hatten sich die meisten Bürger durch Entrichtung eines monatlichen Wachtgeldes von 20 Kreuzern von der persönlichen Dienstpflicht frei gemacht und die Wachen am Rathaus und an den Thoren wurden „durch abgelebte Personen in unanständiger Kleidung und Armatur“ gestellt. Bei diesen einander direkt entgegenstehenden Meinungen berief das Oberamt die Bürgerschaft, um sich über diese Frage zu äußern und diese Versammlung entschied sich durch Stimmenmehrheit für die Militärwachen, die nunmehr das Rathaus und die Thore besetzten und auf Verlangen des Oberamts und Stadtrats vermehrt werden mußten. „Streifen“ (Patrouillen) versah nach wie vor die Bürgerschaft.

Da nun das Militär abzog, erklärte sich am 7. Oktober 1792 alsbald die Bürgerschaft bereit, den ganzen Wachtdienst zu versehen, wie es auch schon früher, so z. B. im Jahre 1773 geschehen war, als das Militär nach Lahr auf Exeention geschickt gewesen. Der Markgraf hatte dem Bürgermeister zur weiteren Mitteilung an die Bürgerschaft, bevor er die Stadt verließ, gesagt, er baue auf sie, daß sie die Stadt gut bewachen werde, und dieses fürstliche Wort hatte den guten Willen, ja den Enthusiasmus der Bürgerschaft angefaßt. Der Geheime Rat hatte 45 Landleute zum Wachtdienst in der

Stadt Karlsruhe einberufen. Dadurch fühlte sich die opferwillige Bürgerschaft verletzt. Eine städtische Abordnung erschien beim Geheimen Rat, um die Entfernung dieser Landleute zu verlangen. „Die Bürger — heißt es in einem gleichzeitigen Bericht — wollten keine Konjorten zur Nacht. Auf alles Zureden erwiderten sie, man möge ihnen den Schimpf nicht anthun und sie nicht noch betrübter machen als sie es schon infolge der Abreise des Markgrafen seien. Wenn jeder alle zwei Tage die Wache beziehen müsse, könnten sie es gut aushalten. Der Geheime Rat beschloß, ihrem Andringen zu willfahren. Die Landleute wurden jeder mit 10 Kreuzern abgelohnt und gingen ganz gern wieder nach Hause, baten jedoch, sie wieder holen zu lassen, wenn man ihrer bedürfe.“

Nun wurden die Wachen ausgeteilt. Täglich zogen 75 Mann auf. Zu den Patrouillen waren keine Bürger nötig, denn es boten sich so viele Freiwillige aus der Klasse der Beamten und anderer Honoratioren an, daß die Reihe Dienst zu thun nur alle vier Tage an einen kam, und ihre Anzahl mehrte sich stündlich. Der erste, der sich meldete, war der Professor Wucherer und dieser erbat sich in seinem Diensteifer die Ermächtigung, auch allein zu patrouillieren. Da sah man nun — wie eine humoristische Feder überliefert hat — den gelehrten Herrn, von Kopf bis zu Fuß bewaffnet, nachts durch die Straßen ziehen; jedem, dem er begegnete, rief er mit lauter Stimme sein „Wer da?“ zu, so daß er binnen kurzem heißer war.

Die Stadt wurde in drei Quartiere eingeteilt. Die Patrouillen durchzogen die Straßen von abends 11 bis morgens 5 Uhr, jede bestand aus 9 Mann, von denen immer 3 die Runde machten. Alle waren mit Gewehren bewaffnet. Für die wachhabenden Bürger bewilligte der Geheime Rat ein Wachtgeld von 20 bis 24 Kreuzern, aber die Wohlhabenderen verweigerten die Annahme. Am 7. Oktober wurde die Parole „Karl Friedrich“, am 8. „Karl Ludwig“ ausgegeben.

Dank diesen Maßnahmen wurde die Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Stadt nicht gestört, aber schwer lastete auf den Gemütern die Sorge vor einem feindlichen Einfall.

Als man am 9. Oktober hörte, daß die Franzosen den Rückzug von Worms nach Speyer angetreten hatten und von da schon weiter nach Landau zu marschiert waren, und als morgens zwischen 9 und

10 Uhr eine Division österreichischer Kaiserdragoner durch Karlsruhe zog, von der ein Zug in städtische Quartiere gelegt wurde, während die übrigen Züge in der Richtung nach Bruchsal abrückten, glaubte der Markgraf die Gefahr soweit abgewendet, daß er sich mit dem Militär wieder nach Karlsruhe zurückbegab. Auf Vorschlag des Geheimrats von Edelsheim wurden die Bürger vom Militär an allen Wachposten abgelöst, was auf sie einen sehr vorteilhaften Eindruck machte.

Indes hatte schon die kurze Abwesenheit des Markgrafen aus der Residenzstadt das Gerücht hervorgerufen, die Karlsruher Bürgerschaft habe sich empört und die französische Kokarde aufgesteckt. Das Gerücht war in dieser Form freilich falsch, aber es ist doch überliefert, daß manche aus Vorsicht sich für den Notfall zum Schutz ihrer Personen und ihres Eigentums mit diesem Abzeichen der revolutionären Bewegung versehen hatten.

Der üble Ruf, den das Gerücht den Karlsruhern aufhalsen wollte, war auch nach Baden gedrungen und hatte Oberamt und Magistrat der Stadt Baden, die allerdings ein aus der Zeit kurz nach Vereinigung der beiden Markgrafschaften stammendes eigenes Verschulden gut zu machen hatten, veranlaßt, eine Deputation an den Markgrafen zu schicken und ihn einzuladen, auf dem Schlosse zu Baden Wohnung zu nehmen, wo sie mit Leib und Leben für seine Sicherheit einstehen würden.

Der Markgraf konnte das wohlgemeinte Anerbieten dankend ablehnen, den Karlsruhern aber, die durch jenes falsche Gerücht schwer gekränkt waren, gab er eine glänzende Genugthuung. An das Oberamt Karlsruhe wurde am 11. Oktober das nachstehende Dekret vom Geheimen Rat erlassen:

„Des Herrn Markgrafen, Unseres gnädigsten Herrn, Hochfürstliche Durchlaucht haben bei Ihrer neulichen kurzen Abwesenheit das falsche Gerücht vernommen, als ob Höchstdieselben durch unruhige, vermitteltst wirklicher Zeichen des Aufruhrs zu Tage gelegte Gesinnungen der Karlsruher Bürgerschaft Sich veranlaßt gesehen haben sollten, Sich und Ihre fürstliche Familie von Karlsruhe zu entfernen. Da aber Serenissimus von der Treue und Anhänglichkeit Ihrer Stadt Karlsruhe von jeher vollkommen überzeugt sind und davon bei Ihrer Abreise von hier sowie durch die während der Abwesenheit der Garnison von den Karlsruher Bürgern in Höchsterer Residenz nicht ohne Beschwernlichkeit aufs genaueste und beste ausgeführten Sicherheits- und Polizei-Anstalten einen

neuen angenehmen Beweis erhalten haben, so finden Sich Höchstdieſelben bewogen, jenem falſchen Gerücht, um den beleidigenden Eindruck, den ſolches bei der getreuen Karlsruher Bürgerschaft etwa gemacht haben könnte, zu vertilgen, andurch öffentlich widerſprechen zu laſſen. Das Oberamt Karlsruhe hat dieſes dem Magiſtrat und der verſammelten Bürgerschaft zu eröffnen und dieſe zugleich Sereniſſimi dankbarer und wohlwollender Gefinnungen mit dem Anſügen zu verſichern, daß, ſo oft der Fall eintrete, wo die hieſige Bürgerschaft ihre Treue, ihre Ergebenheit, ihren Mut und ihre Standhaftigkeit, mit der nötigen Vorſicht begleitet, zu erproben habe, Ihre Hochfürſtliche Durchlaucht darauf Ihr vollkommenes Vertrauen ſetzen.“

In Erinnerungen an dieſe erregten Tage ſchrieb im Januar 1793 der Geheimerat von Edelsheim an den Prinzen Ludwig: „Wir haben ſeit dem 1. Oktober beſonders viele Sorgen und Angst, aber keine Not gehabt, geſorgt war dafür, daß die Franzoſen bei einer Viſite das Schloß, Kasse, Keller und Speicher, letztere beide ziemlich leer gefunden hätten. Von den Bürgern und Unterthanen war ich ſicher; würde einer von der Dienerschaft revoltiert haben, ſo hätte ich ihn ohne Komplimente vor ſein Haus hängen laſſen. Zu alledem iſt es aber nicht gekommen. NB. weil unſer lieber Markgraf lebte, den jedermann lieb hat und der leider ſich mehr als jedermann bekümmert.“

„Vom 9.—12. Oktober“, ſchreibt der Geheimerat Emanuel Meier in ſeinem Tagebuch*), dem wir manche wertvolle Mitteilung über dieſen Abſchnitt der Geſchichte Karlsruhes entnehmen, „blieb man hier wegen eines Überfalls immer noch zwischen Furcht und Hoffnung, doch ſchien die letztere zu prävalieren. . . . Indes hat das Flüchten nicht nur unſerer Herrſchaft, ſondern dem ganzen Unterland und ſo den weiteren Rheinländern bis über Frankfurt hinaus rechts und links ſchon ſoviel Koſten und Schaden verurſacht, daß man es für eine ſtarke Brandſchätzung anſehen kann.“

War nun auch die unmittelbare Gefahr überſtanden, ſo lebte man in Karlsruhe doch in fortwährender Sorge bezüglich der unſicheren Zukunft. Gegen Ende des Oktobers 1792 ließ der Markgraf Karl

*) Auszüge aus demſelben ſtehen in der von der Badischen Hiſtoriſchen Kommiſſion herausgegebenen, von B. Erdmannsdörffer und K. Ober bearbeiteten politiſchen Korreſpondenz Karl Friedrichs von Baden (bis jetzt 3 Bände. Heidelberg, C. Winter 1888/93), welche die wichtigſte Quelle für die Geſchichte dieſer Zeit iſt.

Friedrich dem preußischen Gesandten von Madeweiß mitteilen, daß er befürchten müsse, die Franzosen würden ihre Winterquartiere in seinem Lande nehmen, so daß weder er noch seine Familie in Karlsruhe bleiben könnte. Da Regensburg, Augsburg, Ulm, Nürnberg u. s. w. allerlei Unbequemlichkeiten für ihn hätten, er sich auch nicht zu weit von Hause entfernen dürfe, ließ er durch den Geheimerrat von Edelsheim sondiren, ob Madeweiß wohl glaube, daß ihm der König von Preußen für diesen Fall das Schloß zu Ansbach überlassen würde. Bald erfolgte die Antwort, daß der König hierzu gern bereit sei. Unter den Gründen, welche auf den Bericht des Gesandten von Madeweiß hin das preußische Kabinetministerium dem König Friedrich Wilhelm II. vortrug, um seine Zustimmung zu dem Wunsche Karl Friedrichs zu erwirken, erscheint auch die Bezugnahme auf die bevorstehende Vermählung einer badischen Prinzessin mit einem russischen Großfürsten.

Seit dem Frühjahr 1792 waren in der That die — wie früher angeführt — schon 1782 zuerst in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Vermählung einer der Töchter des Erbprinzen mit dem Großfürsten Alexander von Rußland im Gange, im August war die Gräfin Schwalow mit dem Senator Strefalow von Petersburg nach Karlsruhe abgereist, um den Erbprinzen und seine Gemahlin zu bewegen, mit ihren Töchtern eine Reise nach Petersburg zu unternehmen und im November meldete der russische Gesandte Graf Romanzow, daß die Prinzessinen Luise und Friederike in Petersburg angekommen seien, allerdings ohne ihre Eltern, die durch die politischen Verhältnisse in der Heimat zurückgehalten waren. Bis Frankfurt hatte die Erbprinzessin ihre Töchter begleitet. Von da an reisten sie unter dem Schutze der genannten russischen Abgesandten und ihrer Erzieherin. Am 25. Januar 1793 hielt sodann Graf Romanzow im Auftrage der Kaiserin Katharina offiziell in Karlsruhe um die Hand der Prinzessin Luise für den Großfürsten an, am 19. Juni erschien Fürst Wjäzemskej in Karlsruhe mit der offiziellen Nachricht von der Verlobung der Prinzessin Luise und am 28. September (9. Oktober) fand die Vermählung statt, die am 22. November durch einen von der Kaiserin nach Karlsruhe entsandten Herrn von Diedenhausem dem badischen Hofe offiziell notifiziert wurde.